

Keine Gedenkstätte auf dem Obersalzberg

Finanzminister Waldenfels für Verpachtung an Hotelkonzern / Besuch in Hitlers Katakomben

Von Ludwig Fisch

Berchtesgaden - Am Obersalzberg in 1000 Meter Höhe, zieht sich ein Labyrinth von unterirdischen Gängen und Räumen durch den Berg: 3000 laufende Meter Bunker mit Wohneinheiten, Vorratskammern und Büroräumen, eine Höhlenzuluft, die der Nazi-Prominenz samt Gefolge das Überleben sichern sollte und die den Mythos von „Hitlers Alpenfestung“ begründet hat.

„Hier war ich noch nie“, sagte Finanzminister Georg von Waldenfels, als er mit einem Journalistentroß die gespenstische Unterwelt abschritt - einen zweitrangigen Teil der weitläufigen Liegenschaften, die im nächsten Herbst von den amerikanischen Streitkräften an den Freistaat übergeben werden.

Für das Gros der Touristen waren die mit dunkelgrauem Beton ausgegossenen Katakomben-Quartiere bisher tabu; nur die US-Soldaten und ihre Familien, die seit Jahrzehnten im „Recreation Center“ Urlaub machen, durften die nach Kriegsende bis auf das letzte Elektrokabel geplünderten Luftschutzbunker besichtigen. In Zukunft soll nur ein kleiner Teil der Bunkeranlage zugänglich sein - als Dokumentationsraum.

„Eine Gedenkstätte wollen wir hier nicht haben“, sagte Finanzminister von Waldenfels, der damit - auch für den Landkreis und die Marktgemeinde Berchtesgaden - den Vorstellungen einer Bürgerinitiative und der Bürgerliste im Salzburger Landtag eine Absage erteilte. Ohnehin setzt sich Landrat Martin Seidl heftig gegen das Odium einer „braunen Wallfahrtsstätte“ zur Wehr, wenn er auch einräumen muß, daß „sicherlich immer wieder Ewiggestrige“ den Obersalzberg auf der Suche nach den Ruinen des Nazi-Regimes ansteuern. Kommentar von Waldenfels: „Idioten gibt es überall.“

Obersalzberg soll ein ganz normales Urlaubsgebiet werden“, betonte Waldenfels. Das von den Amerikanern in jüngster Zeit nur noch teilweise genutzte Areal mit einer Größe von 106 Hektar, das

am 30. September an den bayerischen Staat zurückgegeben wird, umfaßt das General Walker Hotel (ehemals Platterhof) mit 280 Betten, die Nebengebäude Skytop Lodge (ehemaliger Gutshof Bormanns) und Evergreen Lodge (ehemaliges Studio von Speer), einen Neun-Loch-Golfplatz und die Stollenbauten des Luftschutzbunkers.

Weil der bayerische Staat mit dem Obersalzberg-Plänen „neue wirtschaftliche Impulse für den Fremdenverkehr“ geben will, soll das Hotel General Walker samt Nebengebäuden und Sportanlagen an einen finanzkräftigen Hotelunternehmer in Erbpacht vergeben werden. Dadurch bleibt der Staat Eigentümer und könnte laut Waldenfels Einflußmöglichkeiten behalten und „Sicherungen einbauen, damit das touristische Konzept im Vordergrund steht“. Ein renommierter

Hotel-Konzern habe bereits Interesse gezeigt, berichtete der Finanzminister, der noch heuer den Vertrag unter Dach bringen will.

Daß auf dem Obersalzberg eine attraktive Hotelanlage entstehen soll, ist nach den Worten von Landrat Seidl auch deshalb im Sinne des Landkreises, weil „uns ein großes Spitzenhotel fehlt“. Zu Befürchtungen jedoch, „daß ein großer Bettenberg errichtet wird oder es einen großen Bauboom geben wird“, sieht der Landrat keinen Grund.

Daß sich manche Erben der früheren Eigentümer von Anwesen am Obersalzberg, die bis 1937 - teils unter Zwang - abgesiedelt wurden, mit ihren Forderungen nach Rückgabe der alten Grundstücke durchsetzen könnten, hält man im Finanzministerium für unwahrscheinlich.

Machtübernahme

Von Heinz Münzenrieder

MÜNCHEN - Am 1. April 1935 - also genau heute vor 60 Jahren - trat die nationalsozialistische Deutsche Gemeindeordnung in Kraft. Damit wurden auch Städte und Gemeinden in Bayern dem Reichsrecht unterstellt und die demokratische Gemeindeordnung des Freistaates aus dem Jahr 1927 wurde „dem Kehrlichthauen der Geschichte übergeben“, wie die damalige Propaganda lautete.

Mit der neuen Gemeindeordnung galt das Führerprinzip jetzt auch ohne Einschränkungen auf örtlicher Ebene - das kollektive Beschlußorgan Gemeinderat wurde faktisch abgeschafft. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gemeinderäte wurden nicht mehr gewählt, sondern durch die Instanzen der NSDAP und nach einem undefinierbaren Willen des Führers eingesetzt. Genau genommen hätte es diese

Rechtsstaatlichkeit vorgaukelnde NS-Gemeindeordnung gar nicht gebraucht, sie war von der Realität längst eingeholt. Schon 1933 hatten die Nationalsozialisten die meisten Rathäuser bereits okkupiert und nach ihrer Ideologie ausgerichtet.

In Augsburg beispielsweise besetzten SA und SS am 9. März 1933 im Zuge der „nationalen Revolution“ das Elias-Holl-Rathaus und hißten dort die Hakenkreuzfahne. Gauleiter Karl Wahl sprach hinterher von einer „heroischen Tat“, welche die nationalsozialistische Machtergreifung in Bayern erst herbeigeführt habe. Im Augsburger Siegestaumel hatte Wahl die Parteileitung in München aufgefordert, dem Beispiel der schwäbischen Gauhauptstadt „endlich“ zu folgen.

Ab August 1933 waren schließlich alle demokratischen Parteien aus dem Augsburger Rathaus eliminiert und durch 30 linientreue NSDAP-Mitglieder ersetzt worden.